

15.10.2005

ZÜRICH UND REGION

Für eine Förderung der Weiterbildung *Eine wichtige Innovation des neuen Berufsbildungsgesetzes*

Von Hans-Peter Hauser und Ruedi Winkler*

Derzeit steht im Kanton Zürich die Rolle des Staates in der Weiterbildung zur Diskussion. Die Bildungsdirektion hat bei den staatlich unterstützten Kursen in den Bereichen Fremdsprachen und Allgemeinbildung Kürzungen angekündigt (NZZ 30. 9. 05). Die Schulen wehren sich. Am stärksten betroffen wäre die Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich. Die Verantwortlichen der Schule legen ihre Sicht zu diesen Plänen dar.

Ein Drittel der Erwachsenen im Kanton Zürich oder 415 968 Personen absolvieren in ihrem Berufsleben als höchsten Ausbildungsabschluss eine Berufslehre; nicht weniger als 249 581 oder 20 Prozent haben gar keinen Abschluss. Diese beiden Gruppen hatte der Gesetzgeber beim neuen Berufsbildungsgesetz im Auge, als er, zusätzlich zu den höheren Fachabschlüssen, die berufsorientierte Weiterbildung neu in die Berufsbildung aufnahm. Die Berufstätigen sollen künftig vermehrt auch in ihrem täglichen Handeln unterstützt werden und die Möglichkeit haben, ihre Qualifikationen laufend zu aktualisieren, um in einer sich ständig verändernden Arbeitswelt eigenständig handlungsfähig zu bleiben.

Weiterbildung markant rückläufig

Leider wird derzeit die Diskussion im Vorfeld der Neugestaltung der Berufsbildung von Finanz- und Verteilungsfragen dominiert. Dabei fehlen griffige, zukunftsorientierte bildungspolitische Vorgaben und insbesondere ein Weiterbildungskonzept. Ein Manko, das gravierend ist. Dies kommt auch im neuesten OECD-Bericht zum Ausdruck. Lediglich 40 Prozent nehmen regelmässig an Weiterbildung teil. Zu wenig, wie der internationale Vergleich zeigt. Dramatisch ist, dass dieser Wert bei den weniger Bildungsgewohnten in der Schweiz unter 11 Prozent sinkt, während es in den weiterbildungsinnovativen skandinavischen Ländern 30 Prozent sind. Zudem ist die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung in der Schweiz seit zwei Jahren markant rückläufig, wie die Statistik des BfS für 2004 nachweist. Diese im Zeitalter des lebenslangen Lernens alarmierenden Werte zeigen: Bei der Reform der Berufsbildung müssen die Anliegen der beruflichen Weiterbildung konsequent umgesetzt, die Zugänglichkeit besser und die Breitenwirkung grösser werden. Der Kanton Zürich hat die Notwendigkeit früh erkannt und engagiert sich bereits seit den achtziger Jahren mit eigenen Einrichtungen und über Subventionen. Mehr als 30 000 Erwachsene nehmen jährlich ein Weiterbildungsangebot allein an den öffentlichen Schulen in Anspruch.

* Hans-Peter Hauser ist Rektor der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich, Ruedi Winkler ist Präsident der Schulkommission der EB Zürich.

Weiterbildungsinstitutionen, die sich um Kostentransparenz bemühen, beispielsweise die kantonale Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich oder die KV Business School, zeigen aber auch, dass die ernsthafte Förderung der beruflichen Weiterbildung ihren Preis hat, für die Teilnehmenden und für den Staat. Dies gilt insbesondere, wenn Personen, die weniger bildungsgewohnt sind, zum Weiterlernen gewonnen werden sollen. Man hat in den vergangenen Jahren viel in den Aufbau der Fachhochschulen investiert, die Finanzierung der berufsorientierten Weiterbildung dagegen ist nicht geregelt. Lösungen dazu werden derzeit durch die schwierige Finanzsituation erschwert, und vorschnelle Massnahmen, wie der Übergang zu Vollkostenpreisen, stehen im Widerspruch zu den Zielen, weil dadurch gerade die sozial und finanziell Schwächeren vermehrt ausgegrenzt würden. Trotz den finanziellen Sachzwängen muss deshalb die Klärung der bildungspolitischen Ziele Vorrang haben.

Berufsbildung nicht schwächen

Der Begriff der berufsorientierten Weiterbildung verleitet dazu, den Qualifikationsbedarf zu eng, zu berufsnah auszulegen. Die Entwicklung in der Arbeitswelt ist gegenläufig. Sie stellt zunehmend breitere Anforderungen. Zusätzlich zum Handwerklichen muss die Schneiderin textsicher und eigenständig ein Projekt betreuen oder der Installateur eine Arbeitsgruppe führen können. Beide setzen neue Medien ein und erbringen ihre Leistungen im Team. Die fachliche Qualifikation ist das eine, die Kompetenz, sie in einer vernetzten Arbeitswelt fruchtbar umzusetzen, dagegen die eigentliche Herausforderung. Die Themen der berufsorientierten Weiterbildung sind daher fachliche und allgemeinbildende.

Wenn der Standort Kanton Zürich seine Wettbewerbsfähigkeit behalten will, dann muss diesen Realitäten der Arbeitswelt Rechnung getragen werden. Dazu braucht es ein durchdachtes Angebot und eine optimale Nutzung der Synergien der öffentlichen und privaten Anbieter. Vor allem aber braucht es den unbedingten politischen Willen, der Berufsbildung jenen Stellenwert zu geben, der ihr zukommt. Die Berufsbildung ist ein zu wichtiger Teil des Fundamentes der gesamten Bildung. Wir dürfen sie nicht schwächen.